

Hövelhof kauft 1,9 Prozent

FDP lehnt Beitritt zur neuen Netzgesellschaft EWW ab

Hövelhof (WV). Hövelhof macht mit: Als erste Gemeinde im Kreis Paderborn tritt die Gemeinde der neuen Netzgesellschaft Westfalen Weser Energie GmbH (EWW) bei. Das hat der Rat mit den Stimmen der CDU-Mehrheit und einiger SPD-Ratsmitglieder beschlossen. Teile der SPD und die FDP lehnen den Beitritt ab.

Von Heinz-Peter Manuel

»Wir wollen uns entsprechend unserer Größe beteiligen«, sagte Bürgermeister Michael Berens dem WV. Deshalb will die Gemeinde 1,9 Prozent der Anteile kaufen. Dafür fallen insgesamt 12,75 Millionen Euro an. Zehn Prozent der Kaufsumme müssen die Hövelhofer sofort bezahlen. Das soll aus liquiden Mitteln des Abwasserwerks geschehen, die jährlich mit drei Prozent verzinst werden. Die Gemeinde müsse also keine neuen Schulden aufnehmen, so Berens.

Die übrigens 90 Prozent der Summe sollen über Kredite finanziert werden, die über 25 Jahre aus den Erlösen der Beteiligung getilgt werden. Dieses Modell gilt für alle beteiligten Kommunen. Allerdings muss die Gemeinde für 80 Prozent der Investitionssumme (9,18 Millionen Euro) bürgen.

»Das Netz gehört in kommunale Hand«, ist sich Berens sicher. Er nennt sie eine »Daseinsfürsorge für den ländlichen Raum«. Die Beteiligung an der neuen Gesellschaft bezeichnete er als »risiko-armes Geschäft« für die Gemeinde. Er erwartet, dass nach und nach alle Kommunen im Kreis beitreten werden. Rundweg abgelehnt hat die FDP den Beitritt. Wie Rudi Lindemann mitteilte, sei die Aufstockung der Anteile im Rahmen der EON-Rekommunalisierung eine unternehmerische Beteiligung, die mit Chancen und Risiken behaftet sei. Letztlich sei die Fraktion zu dem ablehnenden Votum gekommen, weil sie das Geschäft und die zukünftige Entwicklung eines Netzbetreibers nur unzureichend kenne. Die prognostizierte Wertentwicklung sei nur »bedingt sicherheitsorientiert«. Garantien gebe es nicht; es sei nicht einmal sicher, dass der Markt überhaupt erhalten bleibe. Zu den Risiken zählten auch die langfristigen Kosten der Aufrechterhaltung des Netzes und notwendige technische Innovationen.

Grundsätzlich gelte für die FDP der Grundsatz: »So viel Staat, wie eben nötig, besser ein freier Wettbewerb in der Marktwirtschaft.«.